

8. Kostenloser Bezug von Artikeln zur Menstruation

Postulat Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Leandra Columberg (SP, Dübendorf), Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur), Janine Vannaz (CVP, Aesch), Melanie Berner (AL, Zürich) vom 19. April 2021

KR-Nr. 126/2021, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Astrid Furrer hat an der Sitzung vom 27. September 2021 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Am 24. November 2020 hat das schottische Parlament einstimmig – einstimmig! – beschlossen, kostenlose Menstruationsprodukte an Schulen und Universitäten anzubieten. Auch in Neuseeland oder in Städten wie New York gibt es an Schulen schon seit bald fünf Jahren ein solches Angebot. Aber auch in der Schweiz wäre der Kanton Zürich in der Umsetzung dieses Postulates kein Vorreiter. In den Kantonen Jura, Waadt, Genf oder Basel-Stadt wurden bereits ähnliche Vorschläge umgesetzt oder sind in Planung. In gewissen Gemeinden, wie zum Beispiel in Tavannes, Luzern oder Bern, gibt es ähnliche Angebote.

Nun, warum braucht es dieses Postulat? Hygieneprodukte sind während der Menstruation ein Muss. Gleichzeitig ist die Menstruation immer noch ein Tabuthema, obwohl über die Hälfte der Bevölkerung, aber leider nicht die Hälfte dieses Rates, davon betroffen ist, war oder sein wird. Der Kanton Zürich soll hier im Rahmen seiner Möglichkeiten einen kleinen Schritt in Richtung Gleichberechtigung unternehmen, welcher gleichzeitig auch fast nichts kostet. Vor rund zwei Jahren ist eine Studie aus dem Kanton Jura zu dieser Thematik erschienen, die gezeigt hat, dass drei Viertel der Schülerinnen bereits einmal eine Not an Menstruationsartikeln in der Schule erlebt haben. Und wenn Sie jetzt argumentieren, dass die Mädchen und Frauen einfach gut vorbereitet in die Schule oder in die Universität gehen sollen, dann verkennen Sie, dass die Perioden eben nicht so periodisch sind, wie der Name vermuten lässt, und dass die Menarche, also die erste Periode überhaupt, oder Zwischenblutungen sich nicht so leicht planen lassen. Den Ärztinnen und Ärzten hier, wenn sie anwesend sind, sollte auch das Toxic-Schock-Syndrom ein Begriff sein, welches tödlich enden kann und assoziiert ist mit einer längeren Tragedauer von Tampons. Auch ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Sie auf einer Toilette, auch hier im Rat oder an einer Schule, Seife, Toilettenpapier oder Handtücher vorfinden. Und gerne würde ich noch aus dem Bericht von TeleZüri (*Lokalfernseher*) vom 18. April 2021, am Tag vor der Einreichung dieses Postulates, Kantonsratskollege Paul von Euw zitieren, der nicht da ist. Er weiss ja, was er gesagt hat, Zitat: «Hygieneartikel wurden immer durch den Konsumenten bezahlt und nie durch den Staat.» Da frage ich mich schon, ob dann für Sie Seife, Handtücher oder Toilettenpapier keine Hygieneprodukte sind. Aber weil ich überzeugt bin, dass Sie, Herr Kantonsrat von Euw, die

Steuerzahlerin bestmöglich entlasten wollen – ja, jetzt ist er hier, ich habe Sie zitiert –, weil ich überzeugt bin, dass Sie die Steuerzahlerin bestmöglich entlasten wollen, schenke ich Ihnen rechtzeitig zu Weihnachten gerne eine Rolle privat finanziertes Toilettenpapier, damit Sie das in Zukunft in den Kantonsrat mitnehmen können (*der Votant zeigt eine Rolle Toilettenpapier*). Und weil mir Ihr Anus oder auch Ihr Allerwertester nicht egal ist, ist es sogar fünfzig. Ich hoffe, dass ich Sie wenigstens dazu bewegen kann, sich für eine angemessene Ausstattung der Toiletten mit Basisprodukten einzusetzen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Überweisung des Postulates und wünsche allen schöne Weihnachtsgeschenke. Herzlichen Dank.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil): Wir hätten, glaube ich, alle nie gedacht, dass wir im Rat einmal eine Debatte über die Menstruation führen müssen. Ich fühle mich dazu befähigt, dazu auch etwas zu sagen. Also Herr Walder, ich wundere mich ja schon, dass Sie als Arzt diese Menstruationsartikel mit Seife und Toilettenpapier vergleichen. Das können Sie doch nicht. Ich meine, Toilettenpapier und Seife dienen der Vermeidung von ansteckenden Krankheiten, Menstruationsartikel nun einmal nicht. Und wenn wir Seife und Toilettenpapier und Handtücher nicht mehr haben, dann sind wir im Mittelalter, wo man sich gegenseitig mit Krankheiten ansteckt. Wenn man also Menstruationsprodukte bereitstellen will, warum dann nicht auch Rasierutensilien für die jungen Männer oder Deodorants? Das hätten auch einige Männer und Frauen in diesem Alter nötig. Also das Postulat mag gutgemeint sein, aber es ist nicht gut. Vor allem stellt es die Frauen als hilflose Dummchen dar, die mit ihrer Menstruation nicht umgehen können. Natürlich ist das eine unangenehme Geschichte, aber man hat ja auch Kolleginnen, Freundinnen, bei denen man in einer Notsituation nachfragen kann, und das funktioniert. Wir erachten es als eine Zumutung für die Steuerzahler, wenn sie diese Artikel von der Volksschule bis zur Universität übernehmen müssen, nur weil die Mens unangenehm ist, das ist einfach zu wenig Argument.

Was die Forderung betrifft, das Thema in der Schule mehr zu behandeln, so besteht kein Handlungsbedarf. Das Thema, auch Sexualunterricht, ist im Unterricht stark verankert, auch mit dem Lehrplan 21 insbesondere. Wenn Sie in einer bestimmten Schule Handlungsbedarf sehen, dann gehen Sie doch zur Schulleitung oder zu den politisch Verantwortlichen. Es mag Qualitätsunterschiede geben bei der Behandlung dieses Themas, aber ein Gesetz merzt diese Unterschiede auch nicht aus. Wir sollten vielleicht auch einmal aufhören, aus allem ein Problem zu machen, das der Staat lösen soll.

Sie sehen, die FDP kann dem Vorstoss nichts abgewinnen und lehnt ihn ab. Danke.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Während Schottland – wir haben es gehört – bereits einen Schritt weitergeht und seit August letzten Jahres Menstruationsartikel in den Bildungs- und städtischen Einrichtungen für alle kostenlos zur Verfügung stellt, diskutieren wir über die Überweisung des Postulates. Na ja, gut

Ding will Weile haben. Wir danken dem Erstpostulanten für das Aufbringen des Themas auf kantonaler Ebene.

Eine stichprobenartige Umfrage einer lokalen Zeitung an Sekundar- und Kantonschulen in und um Winterthur zeigte, dass das Thema auch ohne verpflichtende Vorgaben bereits vielerorts angekommen ist. Wir begrüßen es, dass einzelne Schulen die Notwendigkeit erkannten und bereits aktiv wurden. Wir wünschen uns aber eine flächendeckende Lösung für alle kantonalen Schulen und hoffen, dass die Gemeinden dies auch an den Sekundarschulen umsetzen werden.

Die ersten Pilotversuche und die freiwilligen Umsetzungen dieses Anliegens bringen positive Rückmeldungen und zeigen auch auf: Es wird nicht gehamstert. Also, geschätzte Kritikerinnen und Kritiker, es wird sicher nicht ein grosser neuer Ausgabenposten im Bildungsbereich geschaffen, sondern es geht hier um einen Beitrag, essenzielle Produkte für die Körperhygiene allen Schülerinnen zukommen zu lassen.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): Ein völlig natürlicher, essenziell biologischer Vorgang, schlicht ein Wunder der Natur, wird in unseren Breitengraden gemäss verschiedenen Umfragen zum Teil als etwas Peinliches, Unwichtiges, ja, Negatives dargestellt. In manchen Gesellschaften haften dem Menstruieren immer noch diverse Tabus an. Mädchen genieren sich und auch erwachsene Frauen sind immer wieder mit einer gewissen Unpässlichkeit und den damit verbundenen Unannehmlichkeiten konfrontiert. Immerhin die Hälfte der Menschheit hat oder hatte die Periode oder wird sie noch bekommen, also ein Fakt, für welchen wir jedoch alle sehr froh und dankbar sein sollten, wissen wir doch um dessen Tragweite. Eine totale Selbstverständlichkeit also, dass auf öffentlichen Toiletten neben Toilettenpapier auch Menstruationsartikel zur Verfügung stehen sollten. Für die Herren der Schöpfung kann es schwierig sein, sich vorzustellen, wie es ist, monatlich zu bluten, aber sie sollten probieren, es sich vorzustellen (*Heiterkeit*).

In unserem Postulat wird zumindest für die öffentlichen Schulen der freie und kostenlose Zugang zu den Hygieneartikeln gefordert. Das ist ein bescheidener Wunsch, dem wir alle für unsere weiblichen Jugendlichen nachkommen sollten. Ebenfalls soll die Aufklärungsarbeit in den Schulen vermehrt stattfinden, damit auch die Jungs früh mit dem Thema in Berührung kommen und somit eine gewisse Hemmschwelle verlieren.

Die Mitte unterstützt diese Bemühungen und wir danken herzlich für die Überweisung des Postulates.

Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach): Ist das tatsächlich Ihr Ernst? In Anbetracht der realen Probleme ist dieses Postulat ein Schlag ins Gesicht der steuerzahlenden Bevölkerung, denn diese wird in Kürze, nämlich nach der heutigen Ratssitzung, wieder einmal mehr zur Kasse gebeten, notabene für etwas, das unseres Erachtens nach wie vor in der eigenen Verantwortlichkeit jeder einzelnen Frau liegen sollte. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn zum Beispiel Restaurants oder Firmen diese Artikel gratis abgeben, solange dies auf freiwilliger Basis und auf eigene Rechnung geschieht. Dies gehört heute praktisch

zu einem guten Service beziehungsweise einem guten Arbeitgeber und ist durchaus begrüssenswert. Die Annahme dieses Postulats verbietet sich aber tatsächlich aus folgenden Gründen:

Erstens: Wir haben hier eine Diskriminierung, nämlich die der Privatwirtschaft. Denn da dieser Vorstoss nur für kantonale Einrichtungen geprüft wird, muss die Privatwirtschaft entweder nachziehen – mit erheblichen Zusatzkosten – oder die Mitarbeitenden werden eben diskriminiert. Das können Sie ja unmöglich wollen. Oder möchten Sie demnach noch ein Gesetz, das dies für alle Firmen vorschreibt? Zweitens: Die Kosten, sie sind für sich allein schon ein Killerargument. Da Menstruationsprodukte eher teuer sind, wird aufgrund der Menge mit riesigen, jährlich wiederkehrenden Kosten zu rechnen sein. Es gibt ja verschiedene Produkte, Tampons, Binden, Tassen, und dies jeweils in unterschiedlicher Grösse und Ausprägung. Das würde mit exorbitanten Kosten einhergehen.

Und nun, drittens, zum Stressabbau wegen der Angst vor roten Flecken, frage ich Sie hier: Ist es wirklich die Aufgabe des Staates und durch den Steuerzahler zu berappen, dass die weiblichen Wesen stressfrei durchs Leben cruisen können, damit sie sich nicht vor roten Flecken fürchten müssen? Jetzt mal ehrlich, seit Jahrtausenden menstruieren die Frauen, muten Sie es den Frauen zu, diesen Ausdruck an Weiblichkeit selber bewältigen zu können. Alles andere wäre nämlich eine Bevormundung sondergleichen.

Viertens: Auch das Argument, dass das in der Stadt Zürich ja schon erfolgreich gemacht werde – und Schottland ist mir da übrigens egal – ist unehrlich. Denn mit Verlaub, etwas, das vermeintlich gratis ist, wird logischerweise für toll befunden; wobei hier «gratis» natürlich das falsche Wort ist, denn gratis ist das Ganze ja nicht. Bezahlt wird dieses Pseudo-Problem nämlich einmal mehr vom Steuerzahler. Im Übrigen weise ich Sie sehr gerne darauf hin, dass das Experiment in einigen Gemeinden in der Schweiz auch schon wieder abgebrochen wurde, nicht zuletzt wegen der hohen Kosten.

Fünftens, Menstruationstassen: Ich wollte Ihnen eigentlich die Details zu diesen Dingen ersparen, aber ich trage gerne etwas zur im Postulat geforderten Enttabuisierung der Menstruation bei, gern geschehen. Diese Tassen sind klar ein Nischenprodukt. Das hat vermutlich auch einen guten Grund, denn die Handhabung benötigt ein eher gemütliches Setting. Das dürfte eine Schultoilette dann wohl nicht bieten können, oder? Weitere Ausführung zu der blutigen Geschichte erspare ich Ihnen an dieser Stelle. Aber die interessierten Männer können sich gerne bei mir melden für einen Crashkurs (*Heiterkeit*).

Ah und übrigens, sechstens, ich frage nur für einen Freund: Werden dann die Artikel neu auch in Männertoiletten zur Verfügung gestellt, denn es wäre eine Diskriminierung sondergleichen, wenn die sich als Männer fühlenden Frauen, die aktuell in die Männertoilette gehen, nicht auch in den Genuss des kostenlosen Rundumwohlfühlservices von Gratis-Menstruationsartikeln kämen.

Das Fazit: Die Gleichstellung wird damit nicht vorangetrieben, wie postuliert. Ganz abgesehen davon ist dies das beste Beispiel, dass Männlein und Weiblein eben nicht gleich sind. Ich bitte Sie hier daher im Namen der Steuerzahler, im Namen der selbstbestimmten und selbstbewussten Frauen und auch im Namen der

richtigen Männer, sagen Sie Nein zu diesem an Absurdität praktisch nicht zu überbietenden Unsinn. Besten Dank.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Ja, wir merken es, wir haben hier wohl etwas in ein Wespennest gestochen, wenn die Forderung dieses Postulats die rechte Ratsseite hier so aufwühlt. Die Forderung, Menstruationsartikel in Schulen kostenlos zur Verfügung zu stellen und die Thematik in der Schule stärker zu thematisieren, ist nun wahrlich nicht revolutionär. Wir haben aber heute die Möglichkeit, einen kleinen, aber wichtigen Beitrag dazu zu leisten, um den Schulalltag für Schülerinnen während ihrer Periode etwas einfacher zu gestalten und ihnen solche Momente zu ersparen, wenn die Periode eben unerwartet eintritt. Ich würde die Aussage wagen, dass wir damit leider noch nicht allen Frauen und Mädchen ermöglichen, stressfrei durchs Leben zu cruisen, wie das Frau Rogenmoser so schön gesagt hat. Ich für meinen Teil wäre in meiner Schulzeit durchaus froh gewesen, wenn nicht nur Seife und Toilettenpapier, sondern eben auch Menstruations-Hygieneartikel vorhanden gewesen wären und es auch stärker thematisiert worden wäre. Und ja, wir können hier schon über Eigenverantwortung diskutieren, darüber, dass Schülerinnen vorbereitet sein müssen, nicht der Staat zuständig sei. Aber seien wir ehrlich, wir haben es gehört, wir könnten auch selbstverantwortlich WC-Papier zur Arbeit, in die Schule oder in diesen Rat bringen, und trotzdem sind wir froh, dass wir das nicht machen müssen.

Und dann weise ich Sie auch darauf hin, bevor Sie mit ihren Weltuntergangsfantasien kommen: Es handelt sich bei diesem Geschäft um ein Postulat. Es geht in einem ersten Schritt darum, dass der Regierungsrat prüft, wie in allen Schulen im Kanton Zürich im Menstruations-Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden können. Wir haben es auch gehört, es gibt schon Gemeinden, zum Beispiel Zürich und Uster, wo es in einigen Schulen bereits Realität ist. Es sollte also auch bereits erste Erfahrungswerte und Daten geben, um dieses Postulat umzusetzen. Und davon ist meines Wissens noch kein Kanton, keine Gemeinde, kein Land bankrottgegangen. Und wie gesagt, ein erwünschter Nebeneffekt ist schlicht der Beitrag zur Normalisierung und Enttabuisierung der Menstruation. Es ist mir auch ein Rätsel, wieso sich manche Personen hier so schwertun mit der Unterstützung dieses Postulates. Und an dieser Stelle hoffe ich auch, dass sich gerade auch die Mitglieder der sich selbst als progressiv propagierenden Parteien einen Ruck geben und hier zustimmen, hier mein Blick zur GLP. Ich habe gehört, dass sich manche Ihrer Mitglieder nicht ganz sicher sind, ob sie hier zustimmen wollen. Bitte agieren Sie hier nicht als Fortschrittsblockade. Wie gesagt, es wäre einfach ein kleiner, aber wichtiger Schritt.

Eine Zumutung für den Steuerzahler, für die Steuerzahlerin finde ich übrigens nicht dieses Postulat, sondern diese Debatte, wie sie hier von den Kolleginnen auf der rechten Ratsseite geführt wird. Und was mich auch etwas erstaunt hat, Frau Rogenmoser, ist: Oftmals, wenn wir diese Forderung gebracht haben, hiess es, ja, das sei Eigenverantwortung, die Kosten dafür seien ja nicht so hoch. Wenn wir von Periodenarmut sprechen, darüber sprechen, dass vielleicht Sozialhilfe bezie-

hende Personen oder Nothilfe beziehende Personen sich eben diese Menstruationshygieneartikel nicht so einfach leisten können, dann sagen Sie, Sie hätten kein Verständnis dafür. Nun sprechen Sie aber von hohen Kosten für die Privatwirtschaft. Entscheiden Sie sich bitte in Ihrer Argumentation.

Und ja, selbstverständlich sollen Menstruationshygieneartikel für alle, die sie brauchen, zugänglich sein. Ob es geschlechtergetrennte Toiletten braucht oder nicht, darüber haben wir ja auch schon diskutiert. Aber die Sache ist eigentlich gar nicht so kompliziert. Die SP wird diesem Postulat zustimmen und wir bitten Sie, es uns gleich zu tun. Besten Dank.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Der Erstunterzeichner hat sich dazu hinreissen lassen, Requisiten einzusetzen in dieser Debatte. Ich werde es ihm gleichtun. Also wir sprechen hier heute unter anderem über Tampons (*die Votantin zeigt einen Tampon*). Sie sehen, ich habe keine Scheu, das in einem Parlament zu tun. Ich bringe Erfahrungen mit aus dem Stadtparlament der Stadt Zürich in diesem Bereich. Nichtsdestotrotz ist dieses Postulat aus drei Gründen abzulehnen:

Erstens: Wir müssen hier nochmals zurückkommen und uns bewusst werden, wovüber wir eigentlich sprechen. Wir diskutieren im Kantonsrat Zürich über Körperhygieneprodukte für Schülerinnen in diesem Kanton, über Körperhygiene. Da läuft gerade etwas gewaltig schief, wenn der Staat plötzlich für die Körperhygiene der Bürgerinnen zuständig sein soll. Ich frage die Postulanten: Wollen Sie den Staat eigentlich für alles zuständig erklären?

Zweitens: Bei diesem Postulat – und hier muss ich Frau Columberg eben entgegen – geht es nicht primär um die Kosten und es ist nicht ein kleiner Schritt, sondern es ist ein Schritt, ein erster Schritt ins bedingungslose Grundeinkommen (*Heiterkeit*). Ja klar, Menstruationsprodukte sind ein Muss, keine Frau kommt ein Leben lang ohne sie aus, keine. Aber das sind auch Brillen, Hörgeräte, Gehhilfen, Inkontinenzartikel, das sind Muss-Produkte. Da, sehen Sie, gehen wir schrittweise hin zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Und drittens, da irren Sie sich gewaltig, Frau Columberg: Es geht hier nicht um einen Fortschritt, sondern die Postulanten sorgen heute dafür, dass die Gleichstellung zerfällt. Wir haben die Gleichstellung von Frau und Mann erreicht, dafür sorgen Verfassung und Gesetze in diesem Land. Was haben unsere Grossmütter, was haben unsere Mütter gekämpft für die Gleichstellung! Was Sie nun aber tun: Sie sorgen für die Rückabwicklung der Gleichstellung. Indem Schülerinnen, also Frauen, eine staatliche Spezialbehandlung erfahren sollen, schaffen Sie die Gleichstellung ab. Sie sagen mit diesem Postulat den Schülerinnen «ihr seid nicht fähig, euch eigenverantwortlich um Binden und Tampons zu kümmern, es muss der Staat sein, der euch die Tampons und die Binden hinterherträgt». Aber soll nicht gerade die Schule die Mädchen zu selbstständigen, lebensfähigen Frauen ausbilden, Frauen, die hoffentlich auch in Ihren Augen, Postulantinnen und Postulanten, in Ihren Augen dereinst CEO von börsenkotierten Unternehmen werden, Frauen also, die mit Männern mithalten. Man entdecke den Widerspruch. Ich hoffe, Ihnen, Postulantinnen und Postulanten, möge es gelingen, ihren Widerspruch zu erkennen.

Und noch zu guter Letzt: Andere Länder, Kantone oder Gemeinden, die Fehler begehen – wir im Kanton Zürich müssen diese Fehler nicht wiederholen. Alle gleichgestellten Frauen in diesem Rat lehnen diesen Vorstoss ab.

Claudia Frei (GLP, Uster): Menstruation ist etwas vom Normalsten dieser Welt und sollte auch als das angesehen werden. Die GLP-Fraktion ist sich bewusst, dass Mädchen und auch Frauen oft unter Menstruationsbeschwerden leiden. Auch anerkennen wir die Tatsache, dass die Menstruation kein Thema ist, das gross öffentlich verhandelt wird – ausser im Kantonsrat Zürich. Allerdings sind wir der Auffassung, dass es allen Schulen bereits heute möglich ist, Hygieneprodukte aufzulegen, wenn dies gewünscht wird. Wir finden, dass es dazu keine offizielle Anordnung braucht. Zudem hat auch die Fokussierung auf die kantonalen Schulen etwas Willkürliches und deckt auch nur einen sehr kleinen Teil der Schülerinnen ab. Wir wünschen uns bei diesem Thema Eigeninitiative durch Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer. Es widerspricht jeglichem liberalen Verständnis von Ermutigung zur Eigeninitiative und auch Eigenverantwortung, wenn hier schon wieder seitens des Staates respektive des Kantons Vorgaben gemacht werden sollen. Es braucht nicht immer Regulierungen und Vorgaben, die sowieso nur einem Teil der Realität gerecht werden können. Es braucht bei diesen Fragen vor allem ein gesellschaftliches Bewusstsein und eine gelebte Normalität. Wir schreiben das Jahr 2023.

Dass auch Menstruationstassen noch explizit erwähnt werden, halten wir auch für fragwürdig, gäbe es doch noch weitere ähnliche Menstruationsartikel, die nicht explizit erwähnt werden. Im Alltag stellt es kein Problem dar, jemandem um Menstruationsprodukte zu bitten, wenn diese ausgegangen sind. Genau dies trägt doch zur Entstigmatisierung bei. Und es stört auch einige von uns, dass mit diesem Postulat Mädchen und Frauen als Opfer dargestellt werden, die nicht einmal in der Lage sind, eigenverantwortlich für ihre Hygieneprodukte zu sorgen. So löst dieses Postulat das Problem der Gleichstellung in keiner Art und Weise. Die Mehrheit der GLP wird der Überweisung dieses Postulats nicht zustimmen.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich verlese Ihnen das Votum von Anne-Claude Hensch Frei, welche heute leider krankheitsbedingt abwesend ist:

2021, als dieses Postulat eingereicht wurde, war ich Aufsichtskommissionspräsidentin der Sekundarschule Stettbach in Zürich Schwamendingen. Diese war eines der damals zehn Schulhäuser der Stadt Zürich, die am Pilotversuch kostenfreie Menstruationsartikel teilgenommen hat. Dieser Versuch stiess in der am 14. Dezember 2021 veröffentlichten Zwischenevaluation sowohl bei Schülerinnen wie auch beim Schulpersonal auf grossen Anklang. So wurde kein Hamstern der Gratis-Artikel festgestellt, und gerne zitiere ich eine Schülerin aus der Befragung: «Ich finde es ein sehr tolles Angebot, da ich keine Angst mehr haben muss, die Regel mitten in der Schulzeit zu bekommen.» Gerade bei unregelmässigen Zyklen, die bei Jugendlichen oft vorkommen, führt ein solches Angebot zu einem

Stressabbau. Schliesslich ist die Schule zum Lernen da, und alles was dazu beiträgt, dass hier optimale Bedingungen geschaffen werden, sollte uns willkommen sein.

Nun ist die Stadt Zürich einen Schritt weitergegangen. Es wurden auch im Gemeinderat (*der Stadt Zürich*) 2021 Postulate zur Thematik eingereicht, und vom letzten Jahr bis Ende dieses Jahres läuft ein städtisches Projekt mit dem Ziel, Periodenarmut zu bekämpfen. Ich empfehle allen, die bei diesem Begriff stutzig werden, ihn einmal in eine Suchmaschine einzugeben, auch auf Englisch unter «Period Poverty», und zu schauen, was da kommt. Mit diesem Vorstoss können wir als Kantonsrat einen wichtigen Beitrag dazu leisten, genau diese Periodenarmut zu stoppen. Gemäss einem Bericht der Radio Television Suisse von 2020 kosten die Menstruationsartikel von Menarche bis Menopause in der Schweiz durchschnittlich 4500 Franken. Für Familien mit wenig Geld kann das durchaus ein Kostenpunkt sein, der dazu führt, dass menstruierende Personen während der Periode aus Geldmangel nicht zur Schule gehen oder der Arbeit fernbleiben. Sie sehen also, dass dies ein Faktor sein kann, der Bildungschancen und berufliche Karrieren behindern kann. Es ist also wichtig, das Thema Menstruation zu enttabuisieren und das Wissen über die Menstruation zu verbessern, wenn wir es mit Chancengerechtigkeit und Gleichstellung ernst meinen.

Dass mittels dieses Postulats auch überprüft werden soll, ob wiederverwendbare Menstruationstassen in das Abgabekonzept integriert werden können, ist für die AL ein weiterer sinnvoller Ansatzpunkt. Einerseits können so Schülerinnen lernen, wie sie weniger Geld für Menstruationsartikel ausgeben müssen, andererseits kann so Abfall reduziert werden, Abfall, der vielfach auch aus plastifizierten Produktteilen besteht. Die ökologische Dimension der Monatsprodukte ist also nicht zu unterschätzen.

Bezüglich des oftmals beklagten, zu hohen Mehrwertsteuersatzes gibt es glücklicherweise aus Bern gute Nachrichten: Am 28. Februar dieses Jahres folgte der Ständerat dem Bundesrat und dem Nationalrat bezüglich einer Reduktion des Mehrwertsteuersatzes für Monatshygieneartikel. Künftig soll der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 2,5 Prozent und nicht mehr der Normalsatz von 7,7 Prozent gelten. Endlich fällt ein alter Zopf, der durch nichts zu rechtfertigen war. Aber auch so bleiben bei kleinem Portemonnaie die Binden und Tampons in der Schweiz teurer als anderswo. Die AL wird das Postulat überweisen, da uns Chancengerechtigkeit und Gleichstellung am Herzen liegen.

Paul Von Euw (SVP, Bauma): Für die ausgleichende Gerechtigkeit werde ich auch als Mann noch sprechen, weil Benjamin Walder als Erstunterzeichnender mich heute netterweise in Sachen Hygieneartikel unterstützt und mir eine Rolle WC-Papier geschenkt hat. Ich hoffe, diese kommt nicht von einem Spital, an dem Sie arbeiten, oder von der Universität, sondern Sie haben diese selber eingekauft. Dann werde ich sie auch behalten, besten Dank, sonst hätte ich sie Ihnen retourniert. Und trotzdem denke ich, in der Thematik und inhaltlich bin ich nicht ganz der Richtige, aber etwas objektiv betrachtet muss ich schon sagen: Es ist ein Studentinnen-Problem, über das wir hier sprechen. Berufsschülerinnen profitieren

höchstens einmal pro Woche von diesem Angebot. Weiterbildende Personen, welche die Berufslehre absolviert haben, profitieren nicht von diesem Angebot. Also die Dauerauszubildenden, die jeden Tag immer an den Gymnasien, Hochschulen und Universitäten sind, können sich täglich oder nach Bedarf voll eindecken mit diesen Tampons und was es da sonst noch alles gibt. Ich stelle also fest: Die Frau steht bei Ihnen nicht im Zentrum, sondern Sie selber stehen bei dieser Thematik im Zentrum, damit Sie sich flächendeckend eindecken können. Und alle anderen, die nicht studieren, die nicht an ein Gymnasium gehen, die fallen aus ihrer Ideologie raus. Deshalb danke ich all den Votantinnen, die sich im Vorfeld gegen dieses Postulat gestellt haben. Vielen Dank.

Sandra Bienek (GLP, Zürich): Es geht mir und einem Teil der GLP um ein ganz klares formelles Gleichstellungsthema. Also, was machen wir auf dem WC? Wir rasieren uns nicht, wir schneiden uns nicht die Nägel, wir putzen nicht das Hörgerät, sondern wie urinieren, wir wechseln die Menstruationsartikel, wir waschen die Hände, also brauchen wir Seife, WC-Papier und Hygieneartikel für die Menstruation – also eine schlichtweg formale Gleichstellung und nichts anderes.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Bei diesem Thema geht es eigentlich um die Enttabuisierung der Menstruation. Oder können Sie mir sagen, warum es üblich ist, wenn in der Fernsehwerbung et cetera und in anderen Werbungen das Menstruationsblut blau eingefärbt ist? Also es ist wirklich unglaublich. Wenn Hygieneartikel beworben werden, wird immer mit blauem Wasser das Menstruationsblut, das eigentlich rot ist, simuliert. Ich meine, das ist so etwas von verklemmt. Und das zeigt mir eigentlich auch, dass es absolut notwendig ist, die Menstruation in der Öffentlichkeit auch zu enttabuisieren. Und darum also meine ich: Ein Teil des Vorstosses sind diese Menstruationsartikel, diese Hygieneartikel in den WC der Schulen. Aber andererseits geht es auch um den Unterricht, und ich möchte Ihnen einfach sagen: Das ist absolut essenziell, weil nämlich auch die Beziehung der Mädchen zu ihrem Körper enttabuisiert werden muss. Das muss auch befreit werden. Wenn wir die Religion anschauen, vor allem die christliche Religion, die mit Frauen wirklich absolut schrecklich war, sagen wir es so. Denn es ist etwas Unreines, Geburt und Menstruation sind etwas Unreines, und das hat Jahrhunderte lang gegolten. Darum ist es jetzt umso wichtiger, dass es in den Schulen eine Offensive gibt, mit der die Menstruation enttabuisiert wird.

Und dann möchte ich noch sagen: Also das Gastgewerbe hier in Zürich ist fortschrittlicher als die Schulen. Denn in allen Restaurants, die ich besuche, sind in der Frauentoilette die Menstruationshygieneartikel gratis und frei und in einer absoluten Top-Auswahl erhältlich. Ich meine: Ja, geben wir der Schule die Chance, dass sie da eine Enttabuisierung machen kann.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Meine Bullshit-Bingokarte ist voll, darum fühle ich mich jetzt bemüsst, auch noch etwas zu sagen: «Eigenverantwortung» habe ich oft gehört, die Frauen sollen Opfer sein mit diesem Vorstoss. Es geht um Gleichstellung, die abgeschafft wird, und irgendwie

soll der Staat auf einmal für die gesamte Körperhygiene voll zuständig sein, so ein Quatsch. Es geht um Dinge, die man auf dem WC möchte. Ich finde Sandra Bienek hat das sehr schön und unaufgeregt gesagt. Männer müssen sich nicht notfallmässig rasieren und werden sonst ausgelacht von ihren Mitschülern, sondern ja, auf dem WC braucht man Menstruationsartikel, man braucht auch WC-Papier, das könnten Sie sehr gut eigenverantwortlich mitnehmen. Das wäre vielleicht sogar noch eine tolle Business-Idee, so kleine Päckchen mit WC-Papier; das kommt ja auch nicht überraschend, das müssen Sie jeden Tag. Es geht einfach darum, dass man auf dem WC für alle Menschen die Artikel zur Verfügung hat, die man braucht. Dazu gehört WC-Papier, dazu gehören Hygieneartikel und Seife.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Ich wollte nur kurz replizieren auf den Teil der GLP, der von der formalen Gleichstellung spricht. Helfen sie mir auf die Sprünge, ich bin seit vier Jahren im Rat. Haben wir im Rat bereits über die Bereitstellung von Seife und Toilettenpapier gesprochen? Ich denke nicht. Und Leandra Columberg hat gesagt, die Sache sei nicht so kompliziert. Genau, das stimmt. Viele Schulen stellen bereits Hygieneartikel zur Verfügung. Ich glaube, wir können getrost auf einen Bericht darüber verzichten, denn das doch sehr weiblich geprägte Schulwesen hat damit schon sehr viele Expertinnen vor Ort, die sind da und stellen Material zur Verfügung. Selbiges gilt im Übrigen auch für Kopfschmerztabletten, «Pflästerli» und so weiter. Also die Schulen sind da, sie reagieren, lassen wir den Bericht sein.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Dass diese Debatte etwas kontrovers wird, war ja leider abzusehen, aber die Sprecherinnen der SVP und der FDP übertreffen sich gerade selbst. Es überrascht mich leider auch nicht, dass es von Ihrer Seite nur wenig Unterstützung für dieses Anliegen gibt. Vielleicht liegt das auch an der Zusammensetzung Ihrer Fraktionen, who knows. Ich würde, wenn ich mal meine Menstruationshygieneartikel vergessen hätte, auf Ihrer Seite wahrscheinlich nicht allzu schnell fündig werden. Es überrascht mich auch, dass die potenziellen Auswirkungen dieses Postulats so überhöht werden. Also das bedingungslose Grundeinkommen wird damit leider ja noch nicht gerade eingeführt, schön wär's. Andererseits heisst es dann an dieser Stelle aber auch, wir würden damit dafür sorgen, dass die Gleichstellung zerfällt, für die unsere Mütter und Grossmütter gekämpft haben. Also Ihre Partei, Frau Brunner, hat da relativ wenig dazu beigetragen – in der Vergangenheit, in der Gegenwart und wahrscheinlich leider auch in der Zukunft. Es bleibt spannend. Ich gehe nicht davon aus, dass die feministischen Errungenschaften, die hart erkämpften Errungenschaften in der Schweiz, im Kanton Zürich von diesem Postulat zugrunde gemacht werden können. Das wäre doch etwas schade. Auch ihre Obsession damit, was jetzt richtige Frauen und richtige Männer sind, irritiert mich etwas. Ich spreche Ihnen, Frau Brunner, nicht Ihr Frausein ab, weil Sie gegen dieses Postulat sind, auch wenn ich Ihre Haltung unsolidarisch finde. Aber so weit würde ich jetzt also nicht gehen.

Und an die Adresse von Paul von Euw: Sie stören sich daran, dass es nur Studierenden zugutekäme. Also die Volksschule ist auch inbegriffen in diesem Postulat, die Berufsschule natürlich auch. Frau Rogenmoser hingegen hat ja schon Angst davor, dass wir irgendeinen Zwang für die Privatwirtschaft machen, was Sie ja nicht wollen, was wir auch nicht fordern. Auch hier sind Sie ziemlich widersprüchlich unterwegs. Ich würde wirklich einfach sagen, reissen Sie sich ein bisschen zusammen und machen Sie sich nicht lächerlich. Es geht bei diesem Postulat einfach auch darum, ein Zeichen zu setzen, um den Alltag für viele junge Menschen etwas einfacher zu gestalten. Besten Dank.

Susanne Brunner (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, Frau Columberg, die Wahrheit kann schmerzen. Aber Sie müssen sich wirklich bewusst sein, was Sie damit tun. Wenn Frauen eine andere Behandlung erfahren durch den Staat als Männer, dann ist die Gleichstellung abgeschafft. Und damit müssen Sie leben, wenn Sie diesem Postulat zustimmen.

An Frau Stofer möchte ich sagen: Es wurde ja jetzt darauf hingewiesen und ich glaube, auch das Postulat hat ja wahrscheinlich einen gutgemeinten Kern. Es geht vielleicht um diesen Notfall, wenn ein Mädchen das erste Mal die Menstruation bekommt, ja, genau um diesen Notfall. Ich hoffe doch, dass die Mädchen lernfähig sind und sich beim zweiten Mal danach selber sich mit Tampons oder Binden, je nach individueller Präferenz, ausrüsten. Zurück zu diesem Notfall, den Frau Stofer und andere Rednerinnen heute auch angesprochen haben: Mit diesen Tampons auf den Schultoiletten können Sie das nicht vermeiden; das ist Punkt 1. Und der zweite Punkt: Das ist heute schon alles gelöst. Jedes Mädchen an einer Zürcher Schule kann zu ihrer Lehrerin gehen – wenn sie einen Klassenlehrer hat, zu einer Lehrerin einer anderen Klasse – und sie bekommt einen Menstruationsartikel. Oder sie kann eine Freundin fragen. Und alles andere, was passiert bei diesem ersten Mal, kann man dem Mädchen nicht abnehmen. Das müssen Sie auf der linken Ratsseite jetzt einfach einmal begreifen. Das können wir diesen Mädchen nicht abnehmen, im Gegenteil, wir schaden ihnen, indem wir sie institutionell eben wieder zurücksetzen und die Gleichstellung damit abschaffen. Und auch noch zu Frau Stofer und zur Tatsache, dass in Restaurants oder in anderen privaten Einrichtungen Tampons und Binden bereit liegen. Da möchte ich Sie fragen: Wie oft haben Sie schon davon Gebrauch gemacht? Also gut, ich erzähle von mir privat: Ich habe noch nie davon Gebrauch gemacht, aber ich habe gesehen, dass es gewisse Restaurants machen. Warum habe ich nicht davon Gebrauch gemacht oder machen müssen? Weil ich selber vorbereitet war, weil ich das eben gelernt habe. Das ist mehr so ein Marketing-Gag, wie man auch eine schöne Blume oder eine Kerze in die Damentoilette stellt, damit es ein behagliches Ambiente gibt. Also Sie sehen, alle Ihre Argumente laufen ins Leere. Lehnen Sie diesen für die Frauen schädlichen Vorstoss ab. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): An Susanne Brunner: Ich muss sagen, als es bei meinem Arbeitgeber plötzlich Menstruationsartikel in der Toilette gab, hat es mich als Frau jetzt nicht wahnsinnig schockiert, gestört oder meine Weiblichkeit

untergraben. Aber zur Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem WC habe ich einfach eine Frage: Ist Ihnen schon aufgefallen, dass es auf Männer-WCs Pissoirs gibt? Was machen wir jetzt damit?

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon) spricht zum zweiten Mal: Ich muss Ihnen sagen, als Mann bin ich schon erstaunt über diese Diskussion, was so ein kleiner Tampon für eine Diskussion auslösen kann. Und dann zu Kollegin Claudia Frei: Ich glaube, die Gesellschaft muss sich noch deutlich weiterentwickeln, wenn ich dieser Diskussion hier folge. Frau Furrer hat angesprochen, dass man die Menstruation hier zum Problem macht, dabei waren Sie es, die Diskussion verlangt hat. Die Regierung wollte das Postulat entgegennehmen, ohne Diskussion wäre es durch den Rat gegangen und wäre kein Problem geworden.

Es geht um Folgendes: Es steht im Postulat – Zitat – «Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen» – zu prüfen – «erstens, wie in allen vom Kanton betriebenen öffentlichen Schulen kostenlos Menstruationshygieneprodukte zur Verfügung gestellt werden können, zweitens, ob wiederverwendbare Menstruationstassen in das Abgabekonzept integriert werden können, drittens, wie das Thema der Menstruation noch stärker in den Schulunterricht eingebaut werden kann», um das geht es und um nichts anderes. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn Sie zuhören würden. Auch Menstruationsartikel, Frau Furrer, sind assoziiert mit gewissen Krankheiten. Und an Frau Furrer und Frau Rogenmoser: Es ist keine Motion. Es ist ein Postulat mit einem Prüfauftrag, das heisst, es wird daraus kein Gesetz entstehen. Es geht nur um die Schülerinnen und Schüler in unserem Kanton.

Und noch bezüglich des Themas Steuerzahler: Dann nehmen doch ab jetzt alle, die dieses Postulat ablehnen, das Toilettenpapier selber mit. Auch wenn wir hier nur Basisprodukte fordern und offensichtlich die Steuern entsprechend erhöht werden müssen, dann stellen Sie in der nächsten Budgetdebatte bitte den Antrag, dass die Verwaltung sofort auf Toilettenpapier, auf Seife und auf Handtücher verzichtet. Sie werden die Steuern um mindestens 8 Prozent senken können und Ihr Altkantonsrat Hans-Peter Amrein wäre stolz auf Sie. Herzlichen Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 86 : 81 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.